

Transparenz und Wahrheit bei der Kinderbetreuung

Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb ist Familienpolitik die entscheidende Politik eines Landes. Durch gute Rahmenbedingungen für Familien und für die Betreuung und Förderung der Kinder werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Dies muss uns daher ein zentrales Anliegen sein. Für mich hat das nichts mit Idealisierung der Familie zu tun, wie die FDP sich beklagte. Familie, das kennen wir alle von innen, ist immer schön und schwierig, nicht wahr? Trotzdem wird in Familien Verantwortung getragen und Grundlagen gelegt, die für das Zusammenleben entscheidend sind. So werden Familien zum Rückgrat der Gesellschaft.

Die erfreuliche Trendwende zu mehr Kindern und zu grösseren Familien, wie es kürzlich der Presse zu entnehmen war, ist zu begrüßen und überlebenswichtig für unsere Gesellschaft, wir sind da immer noch nicht am Ziel von 2,1 Kind pro Paar.

Für die EVP war das Jahr 2009 in Bezug auf Familienpolitik ein erfreuliches Jahr. Die Kantonale Familienfachstelle, die Förderung der Elternbildung, der Massnahmenkatalog zur koordinierten Familienpolitik und die Fachstelle im Pflegekinderwesen wurden bewilligt. Wir sind gespannt, wie die Massnahmen umgesetzt werden vor allem im Kleinkindalter und im Vorschulbereich.

Wir erwarten aber **eine transparente Kostenwahrheit** bei der Kinderbetreuung. Der Staat ist dazu übergegangen die ausserfamiliäre Kinderbetreuung grosszügig steuerlich zu begünstigen z.B. bei den Bundessteuern. Bei der kantonalen Vorlage Flate Rate war es auch so vorgesehen. Kinderbetreuung kostet und weil diese Arbeit für den Staat so wichtig ist, soll sie auch anerkannt werden.

Kinderbetreuung kostet aber nicht nur ausserfamiliär etwas.

Auch Familien, die ihre Kinder selber betreuen zahlen dafür. Sie legen zwar kein Geld aus am Ende des Monats, aber sie bezahlen indem sie auf einen zweiten Lohn verzichten, indem sie kleinere Leistungen bei den Sozialversicherungen in Kauf nehmen und später auch Nachteile beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Kinderbetreuung kostet in jedem Fall etwas. Nicht nur wenn sie ausserfamiliär geschieht. Deshalb sollen auch für jedes Modell der Kinderbetreuung gleiche Steuerabzüge gelten und keine versteckten Subventionen die ausserfamiliäre Betreuung bevorzugen.

Die EVP fordert konsequent ein neutrales Modell beim Steuerabzug für die Kinderbetreuung.

Der Staat hat in den letzten Jahren viel in die ausserfamiliäre Betreuung, Krippenplätze usw. investiert. Wir finden: Die Zeit der Anschubfinanzierung ist vorbei. Die Politik darf auch hier nicht irgendeine Familienform finanziell bevorzugen.

Diese Gelder sind in Elternbildung und Familien stützende, Familien begleitende und Familien stärkende Programme investiert werden.

12. Jan. 2010 Doris Günther